Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7886**

18. Wahlperiode 16.03.2016

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Brigitte Pothmer, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Özcan Mutlu, Kai Gehring, Luise Amtsberg, Annalena Baerbock, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Oliver Krischer, Renate Künast, Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Dr. Gerhard Schick, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. März 2016 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat mit seinen jüngsten Forderungen nach einem „Solidaritätspaket für Deutsche" mit populistischer Wortwahl gezündelt. Es ist falsch, Ressentiments zu schüren und die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. 2016 muss ein Jahr der Integration werden, ein Jahr des Aufbruchs zu einem neuen Miteinander.

Die hohe Zahl von Geflüchteten hat die bereits ohnehin bestehenden Defizite in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungsbereich, bei der Arbeitsmarktförderung und beim Wohnungsbau besonders deutlich gemacht. Von den notwendigen Investitionen sollen alle profitieren, insbesondere auch einkommensschwache und benachteiligte Menschen, die jetzt schon unter den bestehenden Defiziten leiden. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Statt, wie Sigmar Gabriel, Gruppen gegeneinander auszuspielen, bringt ein kluger Ausgabenmix für Integration und sozialen Zusammenhalt Vorteile für alle in unserer Gesellschaft.

Das von der Koalition beschlossene Haushaltsgesetz regelt, dass der nach Abschluss aller Buchungen im Haushaltsjahr 2015 entstandene Überschuss in eine Rücklage zur Finanzierung von Flüchtlingsausgaben fließt. Jetzt ist es wichtig, dass diese Mittel im Haushaltsjahr 2016 schnell in sozialen Wohnungsbau, in Bildung und in die Arbeitsmarktintegration investiert werden. Dazu bedarf es eines transparenten Beratungsverfahrens im Parlament und keiner Koalitions-Entscheidungen hinter verschlossenen Türen. Das Geld ist da, die Herausforderungen stehen jetzt an: Mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt in den Ballungszentren, bessere Schulen und Kitas, die inklusives Lernen ermöglichen, sowie eine nachhaltige und schnellere Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten eröffnen Chancen für alle.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zügig einen Nachtragshaushalt vorzulegen, um die aus dem Überschuss 2015 gebildete Rücklage schnell und konsequent für Integrationsmaßnahmen, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau, Bildung und die Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen und in den Gesprächen mit den Ländern darauf zu dringen, dass die relevanten Mittel auch an die Kommunen weitergeleitet werden.

Berlin, den 15. März 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofereiter und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333